

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Christian Hafenecker, Andreas Ottenschläger
Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs - Umsetzung „Nahverkehrs-
milliarde“**

**eingebraucht in der 86. Sitzung des Nationalrates, XXVI. GP, am 3. Juli 2019 im
Zuge der Behandlung von TOP 32, Bericht des Verkehrsausschusses über den
Antrag 917/A der Abgeordneten Christian Hafenecker, MA, Andreas Ottenschlä-
ger, Alois Stöger, diplômé, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesge-
setz, mit dem das Bundesgesetz über die nichtlinienmäßige gewerbsmäßige
Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen (Gelegenheitsverkehrs-Gesetz
1996 – GelverkG) geändert wird sowie über den Antrag 613/A(E) der Abgeord-
neten Alois Stöger, diplômé, Kolleginnen und Kollegen betreffend Zusammen-
legung des Mietwagengewerbes und des Taxigewerbes (640 d.B.)**

Das neu geschaffene Gewerbe „Personenbeförderungsgewerbe mit Pkw (Taxi)“
dient als Ergänzung im öffentlichen Verkehr, jedoch nimmt dieses den Bund nicht
aus der Pflicht den Ausbau der „Öffis“ weiter voranzutreiben. Der öffentliche Verkehr
sowie die Dekarbonisierung im Verkehr sind die wirksamsten Maßnahmen zum Errei-
chen der Klimaziele. Der vor kurzem erschienene „Sachstandsbericht Mobilität“ des
Umweltbundesamtes listet eine Reihe von Vorschlägen auf, um die in der #mis-
sion2030 festgeschriebenen Klimaziele zu erreichen. Vieles davon wird bereits er-
folgreich umgesetzt. Noch nie wurde von einer Bundesregierung so viel Geld in den
Ausbau der Schienen-Infrastruktur investiert. Die veranschlagten 13,9 Milliarden
Euro im ÖBB-Rahmenplan 2018 – 2023 sind absoluter Rekord. Dazu kommen noch
jährliche Förderungen für den Schienen-Personenverkehr in der Höhe von mehr als
700 Millionen Euro. Der schienengebundene Güterverkehr wird mit weiteren 100 Mil-
lionen Euro pro Jahr subventioniert. Im Bereich der Bahn sollen bis 2030 weitere
Umweltentlastungsmaßnahmen gesetzt werden. Ziel ist es, den Elektrifizierungsgrad
der Strecken von derzeit knapp 74 auf 85 Prozent anzuheben. Die gute Nachricht:
Die Österreicherinnen und Österreich sind schon jetzt Bahn-Europameister. In kei-
nem anderen Land der EU werden so viele Personenkilometer auf schienengebun-
denen Verkehrsmitteln (Zug, U-Bahn, Straßenbahn) zurückgelegt.

Weitere Maßnahmen werden für Ballungszentren in den Bundesländern angedacht.
Nicht nur Wien, wo der Bund 50% der Errichtungskosten der U-Bahn übernimmt, hat
ein innerstädtisches Verkehrsproblem.

In der Klima- und Energiestrategie bekennt sich Österreich zu einer energiearmen Mobilität der Zukunft und folgt dem Prinzip vermeiden – verlagern – verbessern:

- vermeiden von nicht unbedingt erforderlichen Verkehren (etwa Leerfahrten, verkehrssparende Raumordnung oder Stärkung von Teleworking)
- verlagern auf effiziente Verkehrsträger wie öffentlicher Verkehr, Fahrrad oder zu Fuß gehen
- verbessern der eingesetzten Technologien mit dem Ziel einer Verlagerung auf alternative Kraftstoffe und Strom aus erneuerbaren Energiequellen

Zur Erreichung dieser Ziele soll der Bund im Interesse des Klimaschutzes die rechtlichen und budgetären Möglichkeiten für eine Mitfinanzierung einzelner konkreter Projekte – unter folgenden Voraussetzungen – prüfen: Die Projekte müssen dekarbonisiert sein und über die Stadtgrenzen hinaus wirken. Damit sollen die Stadtzentren vom individuellen motorisierten Verkehr entlastet werden. Ein Meilenstein in der Verkehrspolitik.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen die rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen für eine Mitfinanzierung von einzelnen Verkehrsprojekten in Ballungsräumen im Sinne einer „Nahverkehrsmilliarde“ mit dem Ziel der Dekarbonisierung zu schaffen.“



Kremlsaumw Ab.



